

63235/1.

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Familie;

Nach Beratung,

Beschließt:

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION

28-03-2018

RAAD VAN STATE
WETGEVING

Der für Familie zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

AS

**DEKRETVORENTWURF ZUR BILLIGUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS
VOM 31. JULI 2017 ZWISCHEN DER FLÄMISCHEN GEMEINSCHAFT, DER WALLO-
NISCHEN REGION, DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND DER GE-
MEINSAMEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION BEZÜGLICH DER ÄNDERUNG DES
KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 12. AUGUST 1985 ZUR AUSFÜHRUNG DES ARTI-
KELS 62 §5 DES ALLGEMEINENFAMILIENBEIHILFENGESETZES UND DER ÄNDE-
RUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 26. MÄRZ 1965 ÜBER DIE FAMILIEN-
BEIHILFEN ZUGUNSTEN BESTIMMTER, VOM STAAT ENTLOHNTER PERSONALKA-
TEGORIEN UND DER PERSONALMITGLIEDER DES EINSATZKADERS UND DER
VERWALTUNGS- UND LOGISTIKKADERS DER LOKALEN POLIZEIKORPS**



INHALTSANGABE

Durch den vorliegenden Dekretentwurf soll das Zusammenarbeitsabkommen vom 31. Juli 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Änderung des Königlichen Erlasses vom 12. August 1985 zur Ausführung des Artikels 62 §5 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes und der Änderung des Königlichen Erlasses vom 26. März 1965 über die Familienbeihilfen zugunsten bestimmter, vom Staat entlohnter Personalkategorien und der Personalmitglieder des Einsatzkaders und der Verwaltungs- und Logistikkaders der lokalen Polizeikorps gebilligt werden.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Bemerkungen zu dem Gutachten des Rates für Familienleistungen.....	5
Kommentar zu dem einzigen Artikel	5
Vorentwurf	7
Anlage	
Zusammenarbeitsabkommen vom 31. Juli 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Änderung des Königlichen Erlasses vom 12. August 1985 zur Ausführung des Artikels 62 §5 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes und der Änderung des Königlichen Erlasses vom 26. März 1965 über die Familienbeihilfen zugunsten bestimmter, vom Staat entlohnter Personalkategorien und der Personalmitglieder des Einsatzkaders und der Verwaltungs- und Logistikkaders der lokalen Polizeikorps	8
 Gutachten des Rates für Familienleistungen	9

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1. Allgemeine Beschreibung des Abkommens

Dieses Zusammenarbeitsabkommen soll die Kindergeldgesetzgebung abändern. Dies geschieht, da die durchgeführten Abänderungen als Änderungen von wesentlichen Elementen nach *Art. 94 §1bis Abs. 2 Sondergesetz vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen* anzusehen sind und deshalb mittels Zusammenarbeitsabkommen eingebracht werden müssen.

Abänderung des Königlichen Erlasses vom 12. August 1985 zur Ausführung des Artikels 62 §5 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes (Artikel 2 des Entwurfs)

Arbeitssuchende Schulabgänger haben unter bestimmten Bedingungen für einen Zeitraum von 360 Kalendertagen Anrecht auf Kindergeld. Dieser Zeitraum wird verlängert, solange sie nicht zwei positive Auswertungen ihrer Bemühungen um Arbeit erhalten haben, vorausgesetzt, dass sie jeweils rechtzeitig einen Antrag auf Neuauswertung stellen.

Konkret sieht Artikel 4 §1/2 des Königlichen Erlasses vom 12. August 1985 vor, dass der Schulabgänger diesen Antrag jeweils *"innerhalb von fünfzehn Werktagen nach dem Datum, an dem ein solcher Antrag möglich ist in Anwendung des Artikels 36 §8 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit"* stellen muss.

Infolge der Regionalisierung der Kontrolle der aktiven Verfügbarkeit der arbeitssuchenden Schulabgänger im Zuge der sechsten Staatsreform wurde, mit Ausnahme der Region Brüssel-Hauptstadt, das föderale Verfahren gemäß Artikel 36 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 seit dem 1. Januar 2016 durch neue regionale Kontrollsysteme ersetzt.

Die Bedingung gemäß dem früheren föderalen Kontrollverfahren, rechtzeitig einen Antrag stellen zu müssen, muss somit für die Jugendlichen, die der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region oder der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstehen, als nicht existent betrachtet werden. Dies führt zu einer Ungleichbehandlung der Schulabgänger in den Teilstaaten bei dem Anrecht auf Kindergeld.

Um diese Ungleichbehandlung zu beheben, soll die Bedingung rechtzeitig einen o.g. Antrag zu stellen, aufgehoben werden.

Abänderung des Königlichen Erlasses vom 26. März 1965 über die Familienbeihilfen zugunsten bestimmter, vom Staat entlohnter, Personalkategorien und der Personalmitglieder des Einsatzkaders und des Verwaltungs- und Logistikkaders der Lokalen Polizeikorps (Artikel 3 des Entwurfs)

Die geplante Abänderung zielt darauf ab, das Zahlungsdatum des Kindergeldes für die Familien des öffentlichen Sektors an das Zahlungsdatum für die Familien der Arbeitnehmer und der Selbstständigen anzugleichen.

Während in Artikel 71 §1 Absatz 1 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes bestimmt wird, dass das Kindergeld monatlich im Laufe des Monats nach dem Monat, auf den es sich bezieht, gezahlt wird, bestimmt Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 26. März 1965, dass das Kindergeld für das Staatspersonal am Ende des Monats, auf den es sich bezieht, gezahlt wird.

In der allgemeinen Regelung wurde das anwendbare Zahlungsdatum durch das Rundschreiben 998/25 vom 16. Dezember 2010 auf den Achten des Monats festgelegt. Seit dem 1. Juli 2014 gilt es auch für die Selbstständigen. Dieses Datum soll nun auch für den öffentlichen Sektor gelten.

Um zu vermeiden, dass ein plötzlicher Übergang zu diesem Zahlungsdatum für manche Familien des öffentlichen Sektors Schwierigkeiten bereitet, wird vorgeschlagen, während einer Übergangszeit von fünf Monaten schrittweise zu diesem neuen Datum überzugehen.

2. Kommentar zu den Artikeln des Abkommens

Artikel 1. In diesem Artikel werden um des guten Verständnisses willen die verschiedenen, im Abkommen verwendeten Begriffe definiert.

Artikel 2. Dieser Artikel hebt die Bedingung in Artikel 4 §1/2 des Königlichen Erlasses vom 12. August 1985 zur Ausführung des Artikels 62 §5 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes, rechtzeitig einen Antrag auf eine Neubewertung der Arbeitssuche zu stellen, auf.

Artikel 3. Dieser Artikel zielt darauf ab, die verschiedenen Kindergeldgesetzgebungen mittels Verlegung des Zahlungsdatums des Kindergeldes für die Familien des öffentlichen Sektors schrittweise gleichzustellen, so dass dieses Datum am Ende einer Anpassung von fünf Monaten mit dem in der allgemeinen Regelung (AFBG) anwendbaren Zahlungsdatum übereinstimmt.

Artikel 4. In diesem Artikel werden die Daten des Inkrafttretens der verschiedenen Bestimmungen des Zusammenarbeitsabkommens festgelegt.

Artikel 5. Dieser Artikel bestimmt, dass die Zahlungsabwicklung des Zusammenarbeitsabkommens nur konkret anwenden wird ab dem Tag, an dem die letzte Genehmigungsurkunde im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht wurde.

Diese Maßnahme gründet auf pragmatischen Erwägungen und erleichtert die konkrete Ausführung der neuen Maßnahme durch die mit der Verwaltung und der Zahlung der Familienleistungen beauftragten Einrichtungen.

Artikel 6. Obwohl Artikel 94 §1 bis des Sondergesetzes zur Reform der Institutionen vom 8. August 1980 die Anwendung des Zusammenarbeitsabkommens auferlegt, darf dies nicht dazu führen, dass die von dem Zusammenarbeitsabkommen geänderten Ausführungsbestimmungen nachher nicht von den jeweiligen ausführenden Gewalten der Gebietskörperschaften abgeändert werden können.

BEMERKUNGEN ZU DEM GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Der Rat für Familienleistungen erteilt zum Dekretvorentwurf ein positives Gutachten. Er begrüßt, dass das Zusammenarbeitsabkommen eine Ungleichbehandlung bis zur Einführung der eigenen Kindergeldregelung in den Teilstaaten abwendet.

Der Rat für Familienleistungen nimmt zu Kenntnis, dass die Auszahlungsdaten zwischen dem privaten Sektor und dem öffentlichen Sektor progressiv angeglichen werden.

KOMMENTAR ZU DEM EINZIGEN ARTIKEL

Einziger Artikel



Der einzige Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a horizontal line and a small loop.

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommen vom 31. Juli 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Änderung des Königlichen Erlasses vom 12. August 1985 zur Ausführung des Artikels 62 §5 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes und der Änderung des Königlichen Erlasses vom 26. März 1965 über die Familienbeihilfen zugunsten bestimmter, vom Staat entlohnter Personalkategorien und der Personalmitglieder des Einsatzkaders und der Verwaltungs- und Logistik-kaders der lokalen Polizeikörps

Einziger Artikel – Das Zusammenarbeitsabkommen vom 31. Juli 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Änderung des Königlichen Erlasses vom 12. August 1985 zur Ausführung des Artikels 62 §5 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes und der Änderung des Königlichen Erlasses vom 26. März 1965 über die Familienbeihilfen zugunsten bestimmter, vom Staat entlohnter Personalkategorien und der Personalmitglieder des Einsatzkaders und der Verwaltungs- und Logistikkaders der lokalen Polizeikörps wird gebilligt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS



ANLAGE

Zusammenarbeitsabkommen vom 31. Juli 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Änderung des Königlichen Erlasses vom 12. August 1985 zur Ausführung des Artikels 62 §5 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes und der Änderung des Königlichen Erlasses vom 26. März 1965 über die Familienbeihilfen zugunsten bestimmter, vom Staat entlohnter Personalkategorien und der Personalmitglieder des Einsatzkaders und der Verwaltungs- und Logistikkaders der lokalen Polizeikörpers

Als Anlage separat beigelegt.

A handwritten signature or mark, possibly initials, located in the bottom left corner of the page.

GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Als Anlage separat beigefügt.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' with a horizontal crossbar and a vertical stroke extending downwards.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Op de voordracht van de Minister van Gezin;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister bevoegd voor Gezin is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET HOUDENDE INSTEMMING MET HET SAMENWERKINGSAKKOORD VAN 31 JULI 2017 TUSSEN DE VLAAMSE GEMEENSCHAP, HET WAALSE GEWEST, DE GEMEENSCHAPPELIJKE GEMEENSCHAPSCOMMISSIE EN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP BETREFFENDE DE WIJZIGING VAN HET KONINKLIJK BESLUIT VAN 12 AUGUSTUS 1985 TOT UITVOERING VAN ARTIKEL 62, § 5, VAN DE ALGEMENE KINDERBIJSLAGWET EN DE WIJZIGING VAN HET KONINKLIJK BESLUIT VAN 26 MAART 1965 BETREFFENDE DE KINDERBIJSLAG VOOR BEPAALDE CATEGORIEËN VAN HET DOOR DE STAAT BEZOLDIGD PERSONEEL ALSMEDE VOOR DE PERSONEELSLEDEN VAN HET OPERATIONEEL KADER EN VAN HET ADMINISTRATIEF EN LOGISTIEK KADER VAN DE KORPSSEN VAN DE LOKALE POLITIE

INHOUD

Dit ontwerp van decreet strekt ertoe instemming te verlenen met het Samenwerkingsakkoord van 31 juli 2017 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de wijziging van het koninklijk besluit van 12 augustus 1985 tot uitvoering van artikel 62, § 5, van de Algemene kinderbijslagwet en de wijziging van het koninklijk besluit van 26 maart 1965 betreffende de kinderbijslag voor bepaalde categorieën van het door de Staat bezoldigd personeel alsmede voor de personeelsleden van het operationeel kader en van het administratief en logistiek kader van de korpsen van de lokale politie.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Opmerkingen bij het advies van de Raad voor Gezinsbijslagen	5
Bespreking van het enige artikel	5
Voorontwerp	7

Bijlage

Samenwerkingsakkoord van 31 juli 2017 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de wijziging van het koninklijk besluit van 12 augustus 1985 tot uitvoering van artikel 62, § 5, van de Algemene kinderbijslagwet en de wijziging van het koninklijk besluit van 26 maart 1965 betreffende de kinderbijslag voor bepaalde categorieën van het door de Staat bezoldigd personeel alsmede voor de personeelsleden van het operationeel kader en van het administratief en logistiek kader van de korpsen van de lokale politie	8
Advies van de Raad voor Gezinsbijslagen.....	9

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

1. Algemene beschrijving van het samenwerkingsakkoord

Dit samenwerkingsakkoord heeft tot doel de kinderbijslagwetgeving te wijzigen. De reden daarvoor is dat het gaat om wijzigingen die beschouwd moeten worden als wijzigingen van essentiële elementen in de zin van artikel 94, § 1*bis*, tweede lid, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen die bijgevolg via een samenwerkingsakkoord moeten worden aangebracht.

Wijziging van het koninklijk besluit van 12 augustus 1985 tot uitvoering van artikel 62, § 5, van de Algemene kinderbijslagwet (artikel 2 van het ontwerp)

Onder bepaalde voorwaarden hebben werkzoekende schoolverlaters gedurende een periode van 360 kalenderdagen recht op kinderbijslag. Die periode wordt verlengd zolang ze geen twee positieve evaluaties van hun inspanningen om werk te zoeken hebben gekregen; voorwaarde daarvoor is dat ze telkens tijdig een nieuwe evaluatie van hun zoeken naar werk aanvragen.

Concreet bepaalt artikel 4, § 1/2, van het koninklijk besluit van 12 augustus 1985 dat de schoolverlater die evaluatie telkens moet aanvragen *"binnen vijftien werkdagen na de datum waarop een dergelijke aanvraag mogelijk is in toepassing van artikel 36, § 8, tweede lid, van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering"*.

Ingevolge de regionalisering van de controle op de actieve beschikbaarheid van de werkzoekende schoolverlaters naar aanleiding van de zesde staatshervorming werd, uitgezonderd voor het Brussels Hoofdstedelijk Gewest, de federale opvolgingsprocedure zoals vastgelegd in artikel 36 van het koninklijk besluit van 25 november 1991 sedert 1 januari 2016 vervangen door nieuwe gewestelijke controlesystemen.

De voorwaarde dat ze volgens de vroegere federale controleprocedure tijdig een aanvraag moeten indienen, moet voor de jongeren die onder de Vlaamse Gemeenschap, het Waals Gewest of de Duitstalige Gemeenschap ressorteren, dan ook als onbestaande worden beschouwd. Dit leidt tot een ongelijke behandeling van de schoolverlaters in de deelstaten wanneer het gaat om het recht op kinderbijslag.

Om die ongelijke behandeling weg te werken, wordt de voorwaarde om tijdig een bovengenoemde aanvraag in te dienen, opgeheven.

Wijziging van het koninklijk besluit van 26 maart 1965 betreffende de kinderbijslag voor bepaalde categorieën van het door de Staat bezoldigd personeel alsmede voor de personeelsleden van het operationeel kader en van het administratief en logistiek kader van de korpsen van de lokale politie (artikel 3 van het ontwerp)

De geplande wijziging heeft tot doel de betaaldatum van de kinderbijslag voor de gezinnen van de openbare sector af te stemmen op de betaaldatum van de kinderbijslag voor de gezinnen van de werknemers en de zelfstandigen.

Terwijl artikel 71, § 1, eerste lid, van de Algemene kinderbijslagwet bepaalt dat de kinderbijslag maandelijks betaald wordt in de loop van de maand die volgt op de maand waarop hij betrekking heeft, bepaalt artikel 5 van het koninklijk besluit van

26 maart 1965 dat de kinderbijslag voor het overheidspersoneel betaald wordt op het einde van de maand waarop hij betrekking heeft.

In het algemene stelsel werd de toepasselijke betaaldatum bij de omzendbrief 998/25 van 16 december 2010 vastgelegd op de achtste van de maand. Sinds 1 juli 2014 geldt die datum ook voor de zelfstandigen. Bedoeling is dat hij nu ook geldt voor de openbare sector.

Om te voorkomen dat een plotse overschakeling naar die betaaldatum moeilijkheden zou doen ontstaan voor sommige gezinnen van de openbare sector, wordt voorgesteld om die overschakeling geleidelijk te laten verlopen en de betaaldatum gedurende een overgangperiode van vijf maanden geleidelijk gelijk te schakelen.

2. Toelichting bij de artikelen van het samenwerkingsakkoord

Artikel 1 In dit artikel worden de verschillende begrippen die in het samenwerkingsakkoord worden gebruikt, ter verduidelijking gedefinieerd.

Artikel 2 De voorwaarde gesteld in artikel 4, § 1/2, van het koninklijk besluit van 12 augustus 1985 tot uitvoering van artikel 62, § 5, van de Algemene kinderbijslagwet om tijdig een aanvraag voor een nieuwe evaluatie van het zoekgedrag in te dienen, wordt bij dit artikel opgeheven.

Artikel 3 Dit artikel streeft ernaar de verschillende kinderbijslagregelingen gelijk te schakelen door de betaaldatum van de kinderbijslag voor de gezinnen van de openbare sector geleidelijk aan naar een latere datum te verschuiven, zodat die op het einde van een aanpassing van vijf maanden overeenkomt met de in het algemene stelsel (AKBW) toepasselijke betaaldatum.

Artikel 4 Dit artikel bepaalt de datum waarop de verschillende bepalingen van het samenwerkingsakkoord in werking treden.

Artikel 5 Dit artikel bepaalt dat het betaalcircuit het samenwerkingsakkoord maar concreet zal toepassen vanaf de dag waarop de laatste goedkeuringsakte in het Belgisch Staatsblad is verschenen.

Deze maatregel stoelt op pragmatische overwegingen en vergemakkelijkt de concrete uitvoering van de nieuwe maatregel door de instellingen die de gezinsbijslagen moeten beheren en uitbetalen.

Artikel 6 Hoewel artikel 94, § 1bis, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen het gebruik van een samenwerkingsakkoord oplegt, mag dit niet tot gevolg hebben dat de door het samenwerkingsakkoord gewijzigde uitvoeringsbesluiten nadien niet door de respectieve uitvoerende machten van de deelentiteiten aangepast kunnen worden.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE RAAD VOOR GEZINSBIJSLAGEN

De Raad voor Gezinsbijslagen verstrekt een positief advies over het voorontwerp van decreet. Hij juicht toe dat het samenwerkingsakkoord een ongelijke behandeling voorkomt tot de invoering van de eigen kinderbijslagregeling in de deelentiteiten.

De Raad voor Gezinsbijslagen neemt ter kennis dat de betalingsdata van de privé-sector en de overheidssector op elkaar afgestemd worden.

BESPREKING VAN HET ENIGE ARTIKEL

Enig artikel

Het enige artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord van 31 juli 2017 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de wijziging van het koninklijk besluit van 12 augustus 1985 tot uitvoering van artikel 62, § 5, van de Algemene kinderbijslagwet en de wijziging van het koninklijk besluit van 26 maart 1965 betreffende de kinderbijslag voor bepaalde categorieën van het door de Staat bezoldigd personeel alsmede voor de personeelsleden van het operationeel kader en van het administratief en logistiek kader van de korpsen van de lokale politie

Enig artikel – Instemming wordt verleend met het Samenwerkingsakkoord van 31 juli 2017 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de wijziging van het koninklijk besluit van 12 augustus 1985 tot uitvoering van artikel 62, § 5, van de Algemene kinderbijslagwet en de wijziging van het koninklijk besluit van 26 maart 1965 betreffende de kinderbijslag voor bepaalde categorieën van het door de Staat bezoldigd personeel alsmede voor de personeelsleden van het operationeel kader en van het administratief en logistiek kader van de korpsen van de lokale politie.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

BIJLAGE

Samenwerkingsakkoord van 31 juli 2017 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de wijziging van het koninklijk besluit van 12 augustus 1985 tot uitvoering van artikel 62, § 5, van de Algemene kinderbijslagwet en de wijziging van het koninklijk besluit van 26 maart 1965 betreffende de kinderbijslag voor bepaalde categorieën van het door de Staat bezoldigd personeel alsmede voor de personeelsleden van het operationeel kader en van het administratief en logistiek kader van de korpsen van de lokale politie

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.

Advies van de Raad voor Gezinsbijslagen

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.

**ZUSAMMENARBEITSABKOMMEN ZWISCHEN DER FLÄMISCHEN
GEMEINSCHAFT, DER WALLONISCHEN REGION, DER GEMEINSAMEN
GEMEINSCHAFTSKOMMISSION UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN
GEMEINSCHAFT BEZÜGLICH DER ANGLIEDERUNGSFAKTOREN, DER
VERWALTUNG DER ALTLASTEN, DES DATENAUSTAUSCHES IM
BEREICH DER FAMILIENLEISTUNGEN UND DER BEDINGUNGEN FÜR
DIE ZUSTÄNDIGKEITSÜBERTRAGUNG ZWISCHEN DEN
KINDERGELDKASSEN**

PRÄAMBEL

In Erwägung der Absicht der unterzeichneten Gebietskörperschaften, die Verwaltung und die Zahlung der Familienleistungen zu übernehmen, wobei die Möglichkeit von asynchronen Übernahmen erhalten bleibt;

In Erwägung der Notwendigkeit, die Handlungen dieser Gebietskörperschaften, Insbesondere nach dem Übergangszeitraum, zu koordinieren;

In der Erwägung, dass eine solche Koordinierung unerlässlich ist und eine tatsächliche Zusammenarbeit und Loyalität von den Parteien, die dieses Zusammenarbeitsabkommen unterzeichnen, erfordert;

sieht dieses Zusammenarbeitsabkommen die Angliederungsfaktoren zur Festlegung der zuständigen Gebietskörperschaft bezüglich der Familienleistungen im belgischen und internationalen Kontext vor;

wird in diesem Zusammenarbeitsabkommen außerdem festgelegt, wie die Zahlungsregularisierungen und die Rückforderungen übernommen oder durchgeführt werden;

sieht dieses Zusammenarbeitsabkommen ebenfalls vor, wie der Datenaustausch zwischen den Gebietskörperschaften verlaufen wird;

werden im vorliegenden Zusammenarbeitsabkommen schließlich die Bedingungen zur Übertragung der Akten von den föderalen Kindergeldkassen ab dem 1. Januar 2018 bestimmt.

Aufgrund Artikel 23 der Verfassung;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 92bis und Artikel 94 §1bis, eingefügt durch Artikel 44 des Sondergesetzes vom 6. Januar 2014;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über Institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 60sexies, eingefügt durch Artikel 37 des Gesetzes vom 19. April 2014 zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über Institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Gesetzes vom 4. April 2014 zur Abänderung der koordinierten Gesetze vom 19. Dezember 1939 über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger (Allgemeines Familienbeihilfengesetz), so wie es am 31. Dezember 2018 in Kraft war;

Aufgrund des Sonderdekrets der Französischen Gemeinschaft vom 3. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird und des Dekrets der Wallonischen Region vom 11. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird;

Aufgrund des am XXX Im Konzertierungsausschuss erzielten Abkommens;

haben die Flämische Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Wohlfahrt, Volksgesundheit und Familie;

die Wallonische Region, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Öffentliche Arbeiten, Gesundheit und Kulturerbe;

die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Familie, Gesundheit und Soziales;

die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, vertreten durch den Vorsitzenden des Vereinigten Kollegiums und die Mitglieder des Vereinigten Kollegiums, zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienpolitik und Filmzensur;

Folgendes vereinbart:

Bestimmungen

Kapitel 1: Allgemeines

Artikel 1. Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung dieses Zusammenarbeitsabkommens und nur in diesem Rahmen versteht man unter:

1. **Gebietskörperschaften:** die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, mit territorialer Zuständigkeit für die zweisprachige Region Brüssel-Hauptstadt; die Flämische Gemeinschaft, mit territorialer Zuständigkeit für das niederländische Sprachgebiet; die Wallonische Region, mit territorialer Zuständigkeit für das französische Sprachgebiet, sowie die Deutschsprachige Gemeinschaft, mit territorialer Zuständigkeit für das deutsche Sprachgebiet;
2. **Angliederungsfaktor:** Situation, aufgrund der eine Familienleistungsakte einer Gebietskörperschaft zugewiesen werden kann und die die ausschließliche Zuständigkeit dieser Gebietskörperschaft bestimmt;
3. **Bevölkerungsregister:** die in Art. 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 19. Juli 1991 über die Bevölkerungsregister, die Personalausweise, die Ausländerkarten und die Aufenthaltsdokumente und zur Abänderung des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen erwähnten Register;
4. **gesetzlicher Wohnsitz:** der Ort, an dem eine Person ihren Hauptwohnsitz in die Bevölkerungsregister gemäß Artikel 32 Nummer 3 des Gerichtsgesetzbuches eingetragen hat;
5. **Aufenthaltort:** in Ermangelung eines gesetzlichen Wohnsitzes, der tatsächliche Ort, an dem die Person gewöhnlich wohnt;
6. **Niederlassungseinheit:** der Standort, der geografisch anhand einer Adresse identifiziert werden kann und wo oder von wo aus mindestens eine Tätigkeit des Unternehmens ausgeübt wird, so wie in Artikel 2 Nummer 6 des Gesetzes vom 16. Januar 2003 zur Schaffung einer Zentralen Datenbank der Unternehmen, zur Modernisierung des Handelsregisters, zur Schaffung von zugelassenen Unternehmensschaltern und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen definiert;
7. **Sozialversichertem:** eine Person, die in Bezug auf die Familienleistungen unter den persönlichen Anwendungsbereich einer europäischen Verordnung oder eines bilateralen Abkommens bezüglich der sozialen Sicherheit, fällt;
8. **Familienleistungen:** die in Artikel 5 §1 römisch IV des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen erwähnten Leistungen;
9. **bilateralem Abkommen:** Abkommen über die soziale Sicherheit zwischen Belgien und einem anderen Staat;
10. **Geburtsprämie:** Leistung, die anlässlich der Geburt eines Kindes unter den von den Gebietskörperschaften festgelegten Bedingungen gezahlt wird;
11. **Übernahme:** die Übernahme der Verwaltung und Auszahlung durch die Gebietskörperschaften, an dem Datum, das durch die gemäß den Bestimmungen des Artikels 94 § 1bis Absatz 4 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen ausgestellte Notifizierung der jeweiligen Gebietskörperschaft festgelegt wird;
12. **Kataster:** Referenzregister, so wie es am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der ersten Übernahme bestand, in der die Daten aller Akteure aller Akten aller Kindergeldkassen aufgeführt sind;
13. **Trivla-Anwendung:** elektronische Anwendung, so wie sie am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der ersten Übernahme bestand, die einerseits die Webseite zum

Abruf elektronischer Daten bei Informationsanbietern enthält und andererseits die Übertragung aller verfügbaren Verteil-, Nachschlage- und Katastermeldungen an die Zahlungsanwendung der Kassen ermöglicht;

14. Zahlungsanwendung der Kassen: elektronische Anwendung für die tägliche Aktenverwaltung innerhalb einer Kindergeldkasse, so wie sie am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der ersten Übernahme bestand, die die elektronischen Daten bearbeitet und die die Auszahlung des Kindergeldes gewährleistet;

15. Kindergeldregelung: alle am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der ersten Übernahme anwendbaren Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen ;

16. AFBG: Allgemeines Familienbeihilfengesetz vom 19. Dezember 1939.

Kapitel 2: Angliederungsfaktoren

Artikel 2. Angliederungsfaktoren zur Zuständigkeitsbestimmung der Gebietskörperschaft im Bereich der Familienleistungen

Die Angliederungsfaktoren bestimmen in folgender Reihenfolge die ausschließlich zuständige Gebietskörperschaft:

1. der gesetzliche Wohnsitz des Kindes in der Gebietskörperschaft;
2. der Aufenthaltsort des Kindes in der Gebietskörperschaft;
3. die Ortsangabe der Niederlassungseinheit oder, falls diese Angabe nicht verfügbar ist, des Betriebsstandorts des gegenwärtigen Arbeitgebers bzw. des vorherigen Arbeitgebers des Sozialversicherten in Belgien;
4. der heutige oder letzte gesetzliche Wohnsitz des Sozialversicherten in der Gebietskörperschaft;
5. die Ortsangabe der Sozialversicherungskasse, an die der Sozialversicherte als Selbständiger angeschlossen ist;
6. die Ortsangabe des Büros der letzten bekannten Kindergeldkasse, die die Familienleistungen gewährte. Bis zum 31. März 2024 kann zu diesem Zweck das heutige Kataster konsultiert werden.

Wenn für die Anwendung von Absatz 1 Nummern 3 bis 5 festgestellt wird, dass für mehrere Sozialversicherte derselbe Angliederungsfaktor angewendet wird, wird die ausschließliche Zuständigkeit einer Gebietskörperschaft durch den Ältesten von ihnen bestimmt.

Die Zuständigkeit einer Gebietskörperschaft für die Vorauszahlung der Geburtsprämie wird in folgender Reihenfolge durch folgende Angliederungsfaktoren bestimmt:

1. der gesetzliche Wohnsitz der Mutter in der Gebietskörperschaft;
2. der Aufenthaltsort der Mutter in der Gebietskörperschaft.

Die Gebietskörperschaft, die einen Antrag auf Vorauszahlung der Geburtsprämie erhält, überprüft, ob letztere nicht bereits durch eine andere Gebietskörperschaft gezahlt wurde.

Artikel 3. Europäische Verordnungen

Bei der Anwendung der europäischen Verordnungen wird der persönliche Anwendungsbereich für den Sozialversicherten, der das Anrecht im Rahmen der Familienleistungen eröffnet, beschränkt auf den Elternteil oder die Person, die kein (Bluts)verwandter bis zum dritten Grad dieses Elternteils ist und mit dem der Elternteil tatsächlich oder gesetzlich zusammenwohnt, und den Ehegatten / die Ehegattin des Elternteils in Bezug auf ihre eigenen oder gemeinsamen Kinder.

Bei der Anwendung der Verordnung 883/2004 sind die berücksichtigten berufsständischen Situationen zur Eröffnung eines Anrechts auf Kindergeld in der beigefügten Tabelle aufgeführt. Die Regelungen der zuständigen Gebietskörperschaften können die Tabelle anhand eines Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam ändern.

Artikel 4. Übergangsbestimmung

In Abweichung von Artikel 2 Absatz 2 und von Artikel 3 behalten die Kindergeldberechtigten, die am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der ersten Übernahme das Recht auf Kindergeld eröffneten, dieses Anrecht bei, insoweit sie die gemäß einer Kindergeldregelung erworbene Eigenschaft als Kindergeldberechtigter beibehalten bis:

1. Ihre familiäre Lage ändert;
2. Ihre berufsständische Situation in dem Sinne ändert, dass sie künftig gemäß der Anlage dieses Zusammenarbeitsabkommens zu einer anderen Kategorie gehören.

Die oben genannten Änderungen werden am ersten Tag des Monats nach dem Monat wirksam, in dem das Ereignis stattgefunden hat.

Kapitel 3: Verwaltung der Altlasten - Übertragung der Rechte und Pflichten der föderalen Kassen an eine regionale Kasse

Artikel 5. Verwaltung der Altlasten

§ 1. Für die Anwendung dieses Artikels versteht man unter:

- **Regularisierung** : zu entrichtende Zahlungen (fällige Leistungen) und Rückforderungen (nicht fällige Leistungen), die am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der Übernahme von der bis zu diesem Datum zuständigen föderalen Kindergeldkasse nicht getätigt wurden;

- **Zeitpunkt des Ereignisses:** je nach Fall entweder der Zeitpunkt des Antrages auf eine Regularisierung des Rechteinhabers oder der Zeitpunkt, zu dem eine Entscheidung von Amts wegen getroffen werden muss, oder der Zeitpunkt, zu dem die Gerichtsentscheidung über den Ausgleich vollstreckbar ist.

§ 2. a) Jede föderale Kindergeldkasse überträgt in jeder Gebietskörperschaft einem Rechtsnachfolger ihre Rechte und Pflichten.

Die am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der Übernahme bestehenden Rechte und Pflichten von FAMIFED werden am 1. Januar des Jahres dieser Übernahme von Amts wegen der von dieser Gebietskörperschaft gegründeten öffentlichen Kasse übertragen.

Was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, werden die am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der Übernahme durch diese Gebietskörperschaft bestehenden Rechte und Pflichten der föderalen freien Kindergeldkassen am 1. Januar des Jahres dieser Übernahme von Amts wegen der öffentlichen Kasse der Deutschsprachigen Gemeinschaft übertragen.

Was die Flämische Gemeinschaft, die Wallonische Region und Gemeinsame Gemeinschaftskommission betreffen, werden die am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der Übernahme bestehenden Rechte und Pflichten der föderalen freien Kassen ihren regionalen Rechtsnachfolgern übertragen, aufgrund von Abkommen, die vor dem 1. Juli 2018 geschlossen werden, deren obligatorischen Angaben vom Verwaltungsausschuss von FAMIFED bestimmt werden. Dieses Abkommen bestimmt, wie die regionalen Rechtsnachfolger die Regularisierungen, die die föderale Kasse zu Lasten hatte, bearbeiten, insbesondere über einen Zugang zu einer EDV-Anwendung, welche diese Regularisierungen gewährleisten kann.

Nach einer Überprüfung der von ihm bestimmten Pflichtangaben im Abkommen genehmigt der Verwaltungsausschuss von FAMIFED das in Absatz 4 genannte Abkommen. Die Rechte und Pflichten der übertragenden föderalen freien Kassen werden bei Notifizierung der Genehmigung von FAMIFED ihren regionalen Rechtsnachfolgern übertragen und mit dem 1. Januar des Jahres der Übernahme wirksam.

Die Akten im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden genauso wie die der Wallonischen Region behandelt. Die Bearbeitung der Regularisierung im Interesse der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden gegen eine Vergütung und nach den in einem Zusammenarbeitsprotokoll zwischen den Regierungen der betreffenden Gebietskörperschaften festgelegten Regeln durchgeführt.

b) Jeder regionale Rechtsnachfolger, der zum Zeitpunkt des Ereignisses für Rechnung der gemäß Artikel 2 zuständigen Gebietskörperschaft handelt, trägt die Verantwortung für die gewöhnlichen Regularisierungen auf Verwaltungs-, finanzieller und gerichtlicher Ebene bezüglich der Zeiträume, die in den Zuständigkeitsbereich der föderalen Kasse fielen, die ihm seine am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der Übernahme bestehenden Rechte und Pflichten übertragen hat.

c) Wenn ein Rechtsnachfolger der föderalen Kasse Informationen erhält über einen Zeitraum, für den die föderale Kasse, die ihm ihre Rechte und Pflichten übertragen hat, nicht zuständig war, informiert der Erstgenannte unmittelbar den Rechtsnachfolger der für den Zeitraum zuständigen föderalen Kasse, welcher für Rechnung der gemäß Artikel 2 zuständigen Gebietskörperschaft handelt.

§ 3. Die Anwendung dieses Artikels wird in einem Zusammenarbeitsprotokoll zwischen den Gebietskörperschaften bestimmt, welches spätestens am Tag der Veröffentlichung dieses Zusammenarbeitsabkommens im Belgischen Staatsblatt geschlossen wird.

Artikel 6. Inkrafttreten der Zuständigkeitsänderung zwischen Gebietskörperschaften

Falls die Zuständigkeit der Familienleistungen in einem Kalendermonat ändert, ist die Gebietskörperschaft, die die Familienleistungen am ersten Tag dieses Monats gezahlt hat, bis zum Ende des laufenden Monats zuständig, unabhängig vom Zeitpunkt, an dem die Familienleistungen aufgrund der geltenden Gesetzgebung gezahlt werden müssen.

Sie teilt der anderen betroffenen Gebietskörperschaft den Zeitpunkt mit, ab dem sie die Familienleistungen nicht länger zahlt. Die Gebietskörperschaft, die die Zahlung der Familienleistungen übernehmen wird, gewährleistet ab diesem Datum die Zahlungen.

Eine zuständige Gebietskörperschaft, die gemäß diesem Artikel eine Zuständigkeitsänderung feststellt, übergibt der folgenden zuständigen Gebietskörperschaft gemäß Art. 7 die erforderlichen Daten.

Kapitel 4: Datenaustausch und - Speicherung

Artikel 7. Datenaustausch

Falls eine Gebietskörperschaft feststellt, dass eine andere Gebietskörperschaft für die Zahlung der Familienleistungen zuständig ist, übergibt sie der Gebietskörperschaft unmittelbar alle erforderlichen Informationen zur Ausübung ihrer Zuständigkeit.

Der Datenaustausch erfolgt elektronisch.

Die erforderlichen Modalitäten werden hierzu in einem zwischen den für die Familienleistungen zuständigen Regierungen der Gebietskörperschaften abgeschlossenen Zusammenarbeitsprotokoll festgelegt.

Artikel 8. Kataster und Zahlungssapplikationen

§ 1 - Das Kataster und die Trivia-Anwendung müssen weiter funktionsfähig bleiben, damit die regionalen Rechtsnachfolger die Zahlungen der Familienleistungen im Rahmen der am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der ersten Übernahme bestehenden Kindergeldregelungen und die Zahlungen der Familienleistungen in Anwendung der europäischen Verordnungen und bilateralen Abkommen weiter gewährleisten können, und dies während 5 Jahre und 3 Monate nach dem Datum der ersten Übernahme.

Alle Unterhaltskosten des Katasters und der Trivia-Anwendung werden durch die Gebietskörperschaften gemäß dem Verteilerschlüssel, basierend auf der prozentualen Verteilung der Anzahl Kinder 0-18 Jahre pro Gebietskörperschaft gemäß Artikel 47/5 §5 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen, getragen.

Diese Unterhaltskosten umfassen auch die Kosten, die in der Trivia-Anwendung entstehen, wenn ein Informationsanbieter eine Änderung in einem elektronischen Verteil- oder Nachschlagedatenfluss, der zur Trivia-Anwendung gehört, vornimmt.

Eventuelle Änderungen an dem Kataster und der Trivia-Applikation auf Anfrage einer oder mehrerer Gebietskörperschaften hinsichtlich der im ersten Absatz dieses Paragraphen vermerkten Zahlungen müssen von den Regierungen der für die Familienleistungen zuständigen Gebietskörperschaften in einem Zusammenarbeitsprotokoll festgelegt werden.

§2. Das Kataster und die Trivia-Anwendung können auf Anfrage einer oder mehrerer Gebietskörperschaften abgeändert werden, um die Ausführung ihrer regionalen Dekrete zu ermöglichen.

Diese Anpassungen dürfen jedoch die in §1 Absatz 1 vermerkten Bestimmungen nicht beeinträchtigen.

Diese Anpassungen müssen von der Regierung der für die Familienleistungen zuständigen Gebietskörperschaft, die die Änderung durchführen will, den Regierungen der anderen Gebietskörperschaften mitgeteilt werden. Diese Regierungen geben innerhalb von zwei Monaten an, ob sie ebenfalls die Änderungen in Anspruch nehmen wollen und somit auch den jeweiligen Teil der Kosten im Zusammenhang mit diesen Änderungen übernehmen. Regierungen, die nicht innerhalb der zwei Monate antworten, wollen die beabsichtigten Änderungen nicht in Anspruch nehmen.

Die Regierungen der Gebietskörperschaften, die die Änderungen in Anspruch nehmen wollen, legen diese Vereinbarungen in einem Zusammenarbeitsprotokoll fest.

§3. Die Zahlungsanwendungen der Kassen müssen weiter funktionsfähig bleiben, damit die regionalen Rechtsnachfolger die Zahlungen der Familienleistungen im Rahmen der am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der ersten Übernahme bestehenden

Kindergeldregelungen und die Zahlungen der Familienleistungen in Anwendung der europäischen Verordnungen und bilateralen Abkommen weiter gewährleisten können, und dies während 5 Jahre und 3 Monate nach dem Datum der ersten Übernahme.

Die Zahlungsanwendungen der Kassen können von den regionalen Rechtsnachfolgern aufgrund von Änderungen in der Trivia-Anwendung angepasst werden, wenn ein Informationsanbieter eine Änderung vornimmt in einem elektronischen Vertell- oder Nachschlagedatenfluss, die zur Trivia-Applikation gehört.

Außerdem können regionale Rechtsnachfolger die Zahlungsanwendungen der Kassen aus eigener Initiative ohne vorherige Zustimmung der Gebietskörperschaften anpassen, insoweit diese Anpassungen die im ersten Absatz des dritten Paragraphen Bestimmungen nicht beeinträchtigen.

§4. Die Gebietskörperschaften benachrichtigen sich gegenseitig, ob sie das Kataster und die Trivia-Anwendung nach Ablauf der in § 1 bestimmten Frist noch verwenden wollen. Die Gebietskörperschaften, die das Kataster und die Trivia-Anwendung noch weiter verwenden wollen, schließen zu diesem Zweck spätestens ein Jahr vor dieser Frist ein Zusammenarbeitsabkommen ab.

Kapitel 5: Gegenseitige Amtshilfe

Artikel 9. Rückforderung

Falls eine Einrichtung, die zuständig für die Zahlung von Familienleistungen in einer Gebietskörperschaft ist, feststellt, dass sie von einer Person einen Betrag zurückfordern muss, kann sie jeder Zahlungseinrichtung einer anderen Gebietskörperschaft bitten, die erforderlichen Einbehaltungen gemäß Artikel 1410 §4 des Gerichtsgesetzbuches vorzunehmen.

Wenn gemäß Artikel 1410 §4 des Gerichtsgesetzbuches Einbehaltungen zur Rückzahlung von Schuldforderungen beantragt werden, wird die erstnotifizierte Forderung als erste von der Kasse, die für die Auszahlung zuständig ist, einbehalten.

Kapitel 6: Bestimmungen bezüglich des Zahlungsverkehrs

Artikel 10. Zuständigkeit der Kindergeldkassen

§1. In Abweichung von den Artikeln 18, 35, 38, 64, 66 und 71 des AFBG und den Bestimmungen des königlichen Erlasses vom 25. April 1997 zur Ausführung des Artikels 71 § 1bis des AFBG sind alle Ereignisse, die eine Zuständigkeitsänderung der Kindergeldkassen zum 1. Januar 2018 herbeiführen, nicht wirksam. Die am 31. Dezember 2017 gesetzlich zuständigen Kassen bleiben nach dem 1. Januar 2018 weiterhin zuständig.

§ 2. Vor dem 1. Juli 2018 teilen die aufgrund des AFBG anerkannten freien Kindergeldkassen ihre Akten in einzelne Unterordner pro Gebietskörperschaft entsprechend den Angliederungsfaktoren im Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2016 auf. Diese Unterordner enthalten alle Akten mit Kindergeldberechtigten, deren Integration am 30. Juni 2018 im Kataster offen ist (Artikel 51 §§ 1 und 2 des AFBG), sowie die Akten mit Kindergeldberechtigten, deren Integration vor dem 30. Juni 2018 im Kataster geschlossen wurde (Artikel 51 §§ 1 und 2 des AFBG), für die aber noch ein administratives oder gerichtliches Verfahren anhängig ist.

Vor dem 1. Juli 2018 bestimmen alle aufgrund des AFBG anerkannten freien Kindergeldkassen für welche gemäß Absatz 1 aufgestellten Unterordner und über welchen regionalen Nachfolger sie ihren Auftrag der Kindergeldzahlung ab dem 1. Januar des Jahres der Übernahme von einer bestimmten Gebietskörperschaft fortsetzen werden.

§ 3. Ab dem 1. Juli 2018 stellen alle aufgrund des AFBG anerkannten freien Kindergeldkassen jegliche der Zuständigkeitsübertragung dienliche Kindergeldangaben den anderen Kassen und den sich erkundigenden Gebietskörperschaften zur Verfügung.

§ 4. Ab dem 1. Juli 2018, nachdem der Verwaltungsausschuss von FAMIFED das in §5 erwähnte Abkommen genehmigt hat, können die aufgrund des AFBG anerkannten freien Kindergeldkassen die gemäß § 2 Absatz 1 aufgestellten Unterordner an die anderen Kassen übertragen. Unter Beachtung von § 2 Absatz 2 müssen die Akten bezüglich einer bestimmten Gebietskörperschaft spätestens bis zum 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der Übernahme von dieser Gebietskörperschaft tatsächlich übertragen sein.

Die übertragende Kasse ist verpflichtet, die gemäß Artikel 2 Absatz 1 aufgestellten Unterordner von mit einer Gebietskörperschaft verbundenen Akten in ihrer Gesamtheit zu übertragen.

Die mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft verbundenen Unterordner sind einer Kasse zu übertragen, die gemäß § 2 Absatz 2 ihre Akten einem regionalen Nachfolger überträgt, welcher erklärt, dass er ab dem 1. Januar des Jahres der Übernahme von der Wallonischen Region einen mit dieser Region verbundenen Unterordner verwalten wird. Wenn die übertragende Kasse ebenfalls über einen Unterordner von mit der Wallonischen Region verbundenen Akten verfügt, überträgt sie die beiden Unterordner an denselben Nachfolger.

Wenn die Kassen in einer von ihr zu verwaltenden Akte eine Zuständigkeitsänderung in Bezug auf die Angliederungsfaktoren des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2016 feststellen, verbinden sie diese Akte baldmöglichst mit dem richtigen Unterordner und übertragen sie diese gegebenenfalls nach den Regeln des in § 5 erwähnten Übertragungsabkommens an die zuständige übernehmende Kasse.

Die Kassen verbinden baldmöglichst die nach dem Anschluss eines neuen Arbeitgebers, nach dem Wiederanschluss eines Arbeitsgebers oder nach der Eröffnung eines neuen Anrechts

geöffneten Akten mit dem richtigen, gemäß § 2 aufgestellten Unterordner und übertragen diesen gegebenenfalls nach den Regeln des in § 5 erwähnten Übertragungsabkommens an die zuständigen übernehmenden Kassen.

Die in § 2 Absatz 1 erwähnten Unterordner der Akten, für welche die Kassen den Auftrag der Kindergeldzahlung ab dem 1. Januar des Jahres der ersten Übernahme gemäß § 2 Absatz 2 nicht fortsetzen möchten und die am 1. Juli 2018 keinem Übertragungsabkommen zwischen Kassen gemäß § 5 unterliegen, werden spätestens am 30. September 2018 von Amts wegen an FAMIFED übertragen. Dies gilt ebenfalls für die Unterordner der Kassen, die 2018 ihre Tätigkeiten einstellen und vor dem 1. Juli 2018 keinem Übertragungsabkommen zwischen Kassen gemäß § 5 unterliegen. Wenn diese Kassen ihre Tätigkeiten nach dem 30. September 2018 einstellen, übertragen sie ihre Akten unmittelbar und spätestens am 30. November 2018 an FAMIFED. Bei Übertragung von Amts wegen bestimmt FAMIFED die Bedingungen. Die Agentur übernimmt die Rechte und Pflichten dieser Kassen gegenüber den betreffenden Sozialversicherten.

§ 5. Die in § 4 erwähnten Akten werden mit einem vor dem 1. Juli 2018 abgeschlossenen Abkommen übertragen. Der Verwaltungsausschuss von FAMIFED bestimmt die obligatorischen Angaben dieses Abkommens. In diesem Abkommen kann die Höhe der Vergütung bei der Übertragung der Unterordner festgelegt werden. Die Vergütung wird der Verwaltungsrücklage der übertragenden Kasse hinzugefügt.

Nach Überprüfung der Pflichtangaben genehmigt der Verwaltungsausschuss von FAMIFED das Abkommen. Der Verwaltungsausschuss überprüft ausschließlich, ob den Bedingungen bezüglich der Pflichtangaben entsprochen wurde.

§ 6. Mit der gemäß § 5 Absatz 2 erteilten Genehmigung von FAMIFED wird das Abkommen wirksam und dies in Bezug auf die Akten einer bestimmten Gebietskörperschaft spätestens am 31. Dezember des Jahres vor der Übernahme von dieser Gebietskörperschaft. Die übernehmenden Kassen übernehmen die Rechte und Pflichten der übertragenden Kassen. Gemäß § 4 Absatz 4 überprüfen sie ihre Zuständigkeitserhaltung gemäß den in § 2 erwähnten Angliederungsfaktoren.

Wenn eine übernehmende Kasse ihre Zuständigkeit nach den in § 2 erwähnten Angliederungsfaktoren verliert, überträgt sie den Unterordner und somit die im Verhältnis zu den betreffenden Sozialversicherten erworbenen Rechte und Pflichten an die nach den in § 2 erwähnten Angliederungsfaktoren und aufgrund des von FAMIFED genehmigten Abkommens zuständige Kasse.

Artikel 11. Entzug der Anerkennung von freien föderalen Kindergeldkassen

Jede Regierung entzieht für die eigene Gebietskörperschaft die Anerkennungen der aufgrund des AFBG anerkannten freien Kindergeldkassen.

Jede Regierung erteilt für die eigene Gebietskörperschaft die Anerkennungen oder Zulassungen der Zahleinrichtungen aufgrund seiner eigenen Gesetzgebung.

Der Entzug der Anerkennungen gemäß Absatz 1 und das Erteilen von Anerkennungen oder Zulassungen gemäß Absatz 2 erfolgen vor der Übernahme der Kindergeldverwaltung und -Auszahlung durch die betreffende Gebietskörperschaft, treten jedoch erst am Tag der Zuständigkeitsübertragung in Kraft.

Die zuständige Regierung bestimmt die näheren Modalitäten bezüglich der eventuellen Übertragung (von einem Teil) der Mitarbeiter der aufgrund des AFBG anerkannten freien Kindergeldkassen, falls diese Mitarbeiter bei der Übernahme von der für das Kindergeld zuständigen Behörde übernommen werden.

Kapitel 7: Vermittlungsverfahren

Artikel 12. Vermittlungsverfahren

Falls Gebietskörperschaften sich nicht über die Anwendung der Artikel 2 und 5 einigen, leiten sie zu diesem Zweck ein Vermittlungsverfahren ein.

Die konkreten Modalitäten über die Vermittlung werden in einem Zusammenarbeitsprotokoll zwischen den Regierungen der für Familienleistungen zuständigen Gebietskörperschaften festgelegt.

Falls eine Gebietskörperschaft über die Anwendung oder Umsetzung der europäischen Rechtsvorschriften beraten will, kann sie die anderen Gebietskörperschaften dazu einladen.

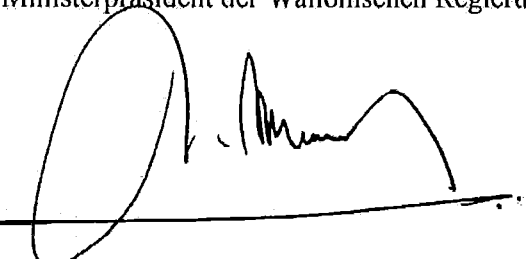
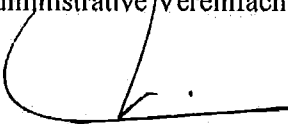
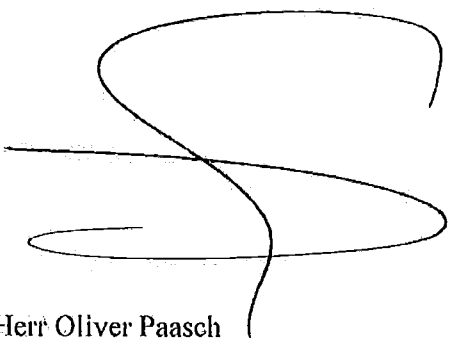
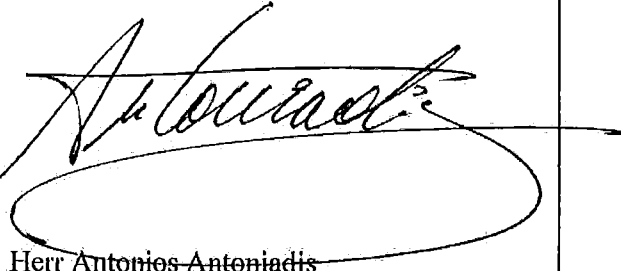
Kapitel 8: Inkrafttreten

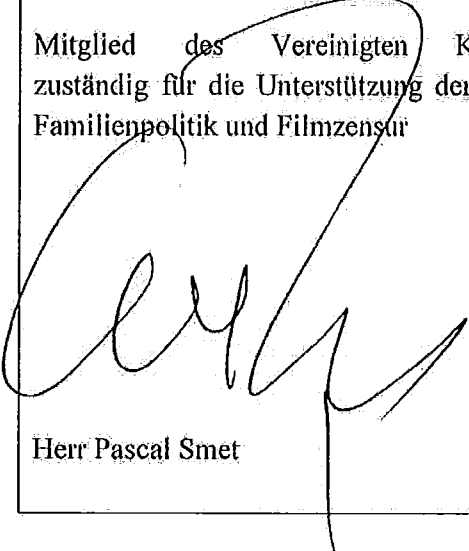
Artikel 13. Inkrafttreten

Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen tritt bei der ersten Übernahme in Kraft, mit Ausnahme der:

- in den Artikeln 5, 7, 8 und 12 genannten Abkommen und Protokolle, die ab dem 1. Juli 2017 und spätestens am Tag der Veröffentlichung dieses Zusammenarbeitsabkommens im Belgischen Staatsblatt abzuschließen sind;
- die ab dem 1. Januar 2018 geltenden Bestimmungen des Artikels 10.

Unterzeichnet in Brüssel, am *6 September 2017*, in einer Originalausfertigung in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, die beim Zentralen Sekretariat des Konzertierungsausschusses hinterlegt wird.

Ministerpräsident der Flämischen Regierung  Herr Geert Bourgeois	Flämischer Minister für Wohlfahrt, Volksgesundheit und Familie  Herr Jo Vandeurzen
Ministerpräsident der Wallonischen Regierung  Herr Willy Borsus	Minister für soziale Maßnahmen, Gesundheit, den öffentlichen Dienst und die administrative Vereinfachung  Frau Alda Greoli
Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft  Herr Oliver Paasch	Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Familie, Gesundheit und Soziales  Herr Antonios Antoniadis
Vorsitzender des Vereinigten Kollegiums der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission	Mitglied des Vereinigten Kollegiums, zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienpolitik und Filmzensur

 Herr Rudi Vervoort	 Frau Céline Fremault
Mitglied des Vereinigten Kollegiums, zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienpolitik und Filmzensur  Herr Pascal Smet	

Anlage

RECHTSKATEGORIEN:	Aufgrund der Arbeit eröffnetes Anrecht	Aufgrund einer Pension eröffnetes Anrecht	Aufgrund des Wohnorts eröffnetes Anrecht	Waisenkindergeld
BERUFSTÄNDISCHE SITUATION:	<ul style="list-style-type: none"> - Aufgrund der Tätigkeit als Lohnempfänger eröffnete Anrechte (Art. 51, §1, AFBG) oder damit gleichgestellten Tätigkeiten (Art. 53 AFBG) - Aufgrund einer Gewährungssituation eröffnete Anrechte, wie vorgesehen in den Artikeln 56, §1, 56octies, 56novies, 1°, und 56undecies AFBG vorgesehen 	Aufgrund einer Gewährungssituation eröffnete Anrechte, wie vorgesehen in den Artikeln 56, §§ 2 und 3 (außer Art. 56, §2, 3°), 56quater und 57 AFBG.	Andere Versicherbarkeitszustände als Arbeit, Pension oder Waisenstatus	Jeder aufgrund des Waisenstatus des berechtigten Kindes gezahlte Zuschlag